

Die SPD bekennt sich zur Landwirtschaft in Deutschland

Zusammenfassung: Unser globalisiertes Agrarsystem hat zu einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen geführt, verstärkt den Klimawandel und achtet soziale Standards teilweise unzureichend. Die COVID-19-Pandemie und der Ausbruch der afrikanischen Schweinepest verdeutlichen, wie fragil und störungsanfällig dieses System ist. Wir müssen jetzt gegensteuern. Die SPD-Bundestagsfraktion will eine zukunftsfähige, umweltschonende und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft. Fruchtbare Böden, eine hohe biologische Vielfalt, reine Luft und sauberes Wasser sind die natürlichen Ressourcen, die es zu schützen gilt. Gute Arbeitsbedingungen und gerechte Lebensmittelpreise lassen sich nur mit einem Umdenken erreichen. Die SPD setzt sich aus diesem Grund für eine stärker regionalisierte Landwirtschaft ein, die auf geschlossenen Nährstoffkreisläufen und gegenseitiger Wertschätzung beruht. Eine Landwirtschaft, die durch die Produktion hochwertiger Agrarprodukte und eine tierwohlgerechte Nutztierhaltung eine gesunde und ausgewogene Ernährung ermöglicht. Hierfür brauchen wir Forschung und Wissenstransfer. Die Digitalisierung wird ein elementares Handwerkszeug sein. Alle müssen an einen Tisch. Es ist Zeit zum Handeln. Dieses Papier zeigt unseren Weg für die nächsten zehn Jahre auf.

Mit der Covid-19-Pandemie sind existentielle Fragen zurückgekehrt. Das führt zu einer tiefen Verunsicherung bei den Bürger*innen. Unsere Gesellschaft ist hochkomplex und global vernetzt. Das gilt insbesondere für den Ernährungs- und Landwirtschaftssektor. Die Pandemie zeigt, wie verletzlich das gesamte System Ernährung ist. Wie unter einem Brennglas wird sichtbar, was viele in der Gesellschaft nicht sehen wollen, wie etwa billige Saisonarbeitskräfte, schlecht bezahlte Werkvertragsarbeitnehmer*innen vorwiegend aus Osteuropa, die in den Schlachthöfen für die Versorgung mit günstigen Fleischwaren unter zum Teil erbärmlichen Bedingungen schufteten, Lieferketten, die ins Wanken geraten, wenn nur ein Baustein herausbricht, wie die Schließung von einigen Schlachthöfen zeigt, oder der Zusammenbruch des Schweinefleischexports nach Asien, bedingt durch den Ausbruch der afrikanischen Schweinepest. Der Wegfall der Kita- und Schulverpflegung im Lockdown hat die Möglichkeiten, dem Problem der Ernährungsarmut durch ausgewogene Mahlzeiten in der Gemeinschaftsverpflegung entgegenzuwirken, stark eingeschränkt.

Wir importieren Futtermittel aus Nord- und Südamerika, die oft nach Regenwaldabholzung und unter äußerst fragwürdigen Umweltstandards und teilweise katastrophalen Arbeitsbedingungen erzeugt werden, um in Deutschland Schweine und Geflügel zu mästen. Einen Teil davon exportieren wir dann ins Ausland, haben aber vor Ort mit der Gülleproblematik zu kämpfen. Unsere jetzigen Produktionsmethoden führen zu weiträumigen Nährstoffverlagerungen. Stattdessen brauchen wir wieder regional verankerte Nährstoffkreisläufe. Klimawandel, der Verlust von biologischer Vielfalt, fruchtbarem Boden und sauberem Wasser verlangen ein sofortiges Gegensteuern. Wir leisten uns einen Lebensstil, der voller Widersprüche ist, der Menschen und Tiere krank macht und unseren nachfolgenden Generationen die Lebensgrundlage entzieht.

Wir verfrühstücken unsere Zukunft

Agrarlandschaften sind gemeinsamer Lebensraum von Menschen, Tieren und Natur. Die Zukunft der Landwirtschaft kann nur im Dreiklang aus der Schaffung gerechter Einkommen und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe gedacht werden. Agrarlandschaften sind nur gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben zu gestalten. Unternehmerisches Handeln muss sich weiterhin finanziell lohnen und gleichzeitig dem Gemeinwohl dienen. Hierfür wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Die vielen Beschäftigten in der Land- und Ernährungswirtschaft müssen von ihrer Arbeit gut leben können. Sie brauchen sozialen Schutz, faire Arbeitsbedingungen, gute Löhne und angemessene Lebensbedingungen für sich und ihre Familien. Die landwirtschaftlichen Betriebe brauchen Planungs- und Investitionssicherheit.

Die Europäische Kommission hat mit dem Green Deal und der darin enthaltenden „Farm to Fork-Strategy“ (dt. Vom Hof auf den Tisch-Strategie) sowie der Biodiversitätsstrategie die Möglichkeit eröffnet, Europa zum Vorreiter einer neuen Entwicklung zu machen. Der gesamte Agrar- und Ernährungssektor wird zukünftig von seinem Beitrag zu einer gesunden und nachhaltigen Ernährung her gedacht werden. Wir wollen die Kernpunkte der Strategien in nationales Recht umsetzen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Wir werden in den kommenden Jahren erhebliche Veränderungen der Märkte erleben. Alle Beteiligten entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette sind zum Umdenken aufgefordert. Dies reicht von der Herstellung der Grundprodukte über die Verarbeitung und den Handel bis hin zur Verpackungsindustrie und dem Transport zum Endverbraucher.

Unsere Gesellschaft wünscht sich gesunde Lebensmittel von hoher Qualität, die umweltfreundlich, tierwohlgerecht und sozial verantwortbar hergestellt werden. Die Konsument*innen legen vermehrt Wert auf regionale Herkunft und bevorzugen kürzere Lieferketten. Preisgünstig und für alle erschwinglich sollen Lebensmittel außerdem sein. Beim Griff ins Regal ist aber oftmals unklar, ob diese Vorstellungen mit der Realität übereinstimmen. Wichtig ist deshalb die Möglichkeit, schnell und einfach zu erkennen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt wurden und ob sie zu einer gesunden, ausgewogenen Ernährung beitragen. Bei der Auswahl ist die auf Drängen der SPD eingeführte neue Nährwertkennzeichnung Nutriscore eine wichtige Hilfe. Allerdings sollte die bisher freiwillige nationale Nutriscore-Regelung EU-weit verpflichtend werden. Zudem sollten für die zentralen Nachhaltigkeitsdimensionen verbindliche staatliche Label entwickelt werden, die Klarheit und Verlässlichkeit schaffen. Bei Rückverfolgbarkeit und Transparenz spielen künftig auch digitale Infrastrukturen eine zunehmende Rolle.

Wir stehen in einem engen Dialog mit allen beteiligten Akteuren. Aus diesem Dialog ergibt sich unser

Neun-Punkte-Programm für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

1. Land- und Ernährungswirtschaft zukunftsfest gestalten

Es wird kein „Weiter so“ geben! Nutzen wir die Chance, aus den aktuellen Krisen zu lernen und das System Ernährung ganzheitlich zu betrachten:

- Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen als Grundbedingung für ein gesundes und zufriedenes Leben.
- Gesunde Ernährung als Treiber einer nachhaltigen Landbewirtschaftung und Lebensmittelherstellung.
- Faire Preise als Wertschätzung für hochwertige Produkte, damit Landwirt*innen von ihrer Hände Arbeit in Zukunft leben können.
- Eine umwelt- und klimaschützende Landwirtschaft als Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Ressourcen Boden, Luft, Wasser und biologische Vielfalt.

Eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft verwirklicht das Menschenrecht auf angemessene Ernährung – national, europäisch und weltweit. Wir wollen so wirtschaften, dass wir unseren ökologischen Fußabdruck global minimieren. Dabei setzen wir uns für regionale Kreisläufe und Wertschöpfungsketten ein.

Ein entscheidender Baustein auf diesem Weg ist eine gerechtere Verwendung der Finanzmittel im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Die bisherige Förderpolitik ist das Gegenteil: Die flächenbezogenen Direktzahlungen fließen über die Pachtpreise häufig in die Vermögen außerlandwirtschaftlicher Grundeigentümer weiter. Zudem richtet sich die Förderung nicht an gemeinwohlorientierten Leistungen der Landwirtschaft aus, wie umweltschonendem Wirtschaften, Erhalt unserer vielgestaltigen Kulturlandschaft und dem Tierwohl. Wir wollen eine auf das Gemeinwohl fokussierte Agrarpolitik, welche die Wechselwirkungen zwischen Landwirtschaft, Klimaschutz und Biodiversität in den Blick nimmt und das Ungleichgewicht zwischen Gebieten mit intensiver Tierhaltung und reinen Ackerbauregionen auflöst. Auch für die zunehmende Nutzungskonkurrenz beim Wasser werden wir Lösungen suchen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher einen grundlegenden Umbau der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik mit dem Fokus: öffentliches Geld für öffentliche Gemeinwohlleistungen. Es gilt, Anreize für die landwirtschaftlichen Betriebe zu schaffen, um mit einfachen und gezielten Maßnahmen wie etwa vielgestaltigen Fruchtfolgen, ganzjähriger Bodenbedeckung, der Anlage von Ackerrandstreifen, dem Ausbau Ökologischer Vorrangflächen und einer angepassten Grünlandwirtschaft mehr für den Umwelt-, Boden- und Klimaschutz zu leisten. Hierzu soll die bisherige Mittelverteilung schrittweise umgebaut werden, was nur mit wirkungsvollen Strategieplänen gelingen kann. Das Denken im Landschaftskontext anstelle eines schlagbezogenen Denkens und eine stärkere Kooperation bei der Bereitstellung von Ökosystemleistungen werden hier unerlässlich sein. Außerdem fordern wir eine Reform der Gemeinsamen Marktordnung, damit Landwirt*innen zukünftig gegenüber der Ernährungsindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel deutlich gestärkt werden. Gleichzeitig erkennen wir an, dass in Deutschland regional verschiedene Formen der Landwirtschaft in unterschiedlichen Betriebsgrößen existieren. Insbesondere Nord- und Ostdeutschland sind durch ihre größeren Betriebe geprägt. Dies gilt es, bei der Neuausrichtung der Agrarförderung zu berücksichtigen. Das detaillierte Konzept haben wir bereits in unserem Positionspapier [„Unser Vorschlag für eine Gute Gemeinsame Agrarpolitik“](#) vom 10.01.2019 beschrieben.

Vielfalt sichert das Überleben der landwirtschaftlichen Betriebe. Unser Ziel ist eine multifunktionale Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert und Gemeinwohlleistungen für die Gesellschaft erbringt. Hierzu braucht es nicht nur eine zielgerichtete Ackerbaustrategie, die über den Feldrand hinausschaut, sondern eine Gesamtkonzeption für den Sektor, die auch eine flächenangepasste Nutztierhaltung einbezieht. Nur so lassen sich regionale Nährstoffkreisläufe schaffen, die Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige, umweltschonende und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft sind. Außerdem streben wir ein nationales Nährstoffmanagement unter Einbeziehung der häuslichen Abwässer an.

Den Kostendruck durch den Weltmarkt können wir abfedern nach außen durch faire Handelsabkommen und nach innen durch die Schaffung wirtschaftlicher Alternativen. Dies ist über Qualität, Regionalität, Innovation und Produktdifferenzierung zu erreichen. Ein entscheidender Faktor auf dem Weg zu einer gerechteren Landwirtschaft ist der Lebensmittelhandel. Wir werden ihn nicht aus seiner Pflicht entlassen, sondern dafür sorgen, dass der Preisdrückerei der großen Handelskonzerne ein Riegel vorgeschoben wird. Dies kann nur gelingen, wenn Nachhaltigkeit nicht bei der Erzeugung von Lebensmitteln endet, sondern auch den Handel mit ihnen umfasst.

Zu einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur auf dem Lande gehören für uns auch die Förderung außerlandwirtschaftlicher Dienstleistungen, etwa im Energie- und Tourismusbereich, und Vielfalt bei den Betriebsformen vom Familienbetrieb bis zur Genossenschaft.

2. Guter Lohn sowie technologische Teilhabe für alle, die in der Landwirtschaft arbeiten

Gerechtigkeit hält eine Gesellschaft zusammen. Das ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik. Wir lassen niemanden zurück. Wir wollen gerechte Löhne für die Arbeitnehmer*innen in der Land- und Ernährungswirtschaft und fordern einen angemessenen Mindestlohn. Landwirt*innen und ihre Familien sollen von ihrer Arbeit gut leben können und für ihre Tätigkeit die Wertschätzung der Gesellschaft erfahren. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Lebensmittel bei gleichzeitiger Entlohnung der von unseren Landwirtschaftsbetrieben erbrachten Gemeinwohlleistungen. Die notwendigen Schritte in diesem Bereich hat die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Positionspapier [„Gute Arbeit in der Fleischindustrie und für die Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft“](#) vom 26. Mai 2020 zusammengefasst.

Technischer Fortschritt muss für alle verfügbar sein. Die Zukunft hat längst begonnen: Die ländlichen Räume müssen auch als digitale Räume gedacht werden. Wir fordern daher eine Intensivierung und Strukturierung der Digitalisierung in der Landwirtschaft. Eine staatlich initiierte Agrar-Masterplattform soll als Datendrehscheibe der Landwirtschaft fungieren. Kernelement dieser Plattform ist ein intelligentes und anwenderfreundliches Daten-Management-System für alle Beteiligten der Wertschöpfungskette. Die Datenhoheit muss bei den Landwirten liegen und darf nicht von global agierenden Unternehmen übernommen werden. Dies sicherzustellen, ist Aufgabe des Bundes. Ebenso wichtig ist eine umgehende flächendeckende Bereitstellung von schnellem Internet, um für gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen. Hierzu gehören der Ausbau der Mobilfunknetze sowie ein flächendeckendes Glasfasernetz. Wir werden genossenschaftliche Zusammenschlüsse wie etwa Maschinenringe fördern, die gemeinschaftlich den Zugang zu digitalisierten Methoden organisieren. Dabei haben Datenschutz und Datensicherheit aller Beteiligten Vorrang. Wir werden finanzielle Mittel bereitstellen, um den Einsatz von Precision Farming insbesondere zum Ressourcenschutz zu beschleunigen. Um diese Entwicklung zielgerichtet zu fördern, hat die SPD bereits am 14. Mai 2019 einen [gemeinsamen Koalitionsantrag](#) auf den Weg gebracht.

3. Erzeugung gesunder Lebensmittel in einer gesunden Umwelt

Generationengerechtigkeit ist unser Antrieb auch in der Landwirtschaft. Wir müssen so wirtschaften, dass auch nachfolgende Generationen ein gutes Leben führen können. Unsere Priorität liegt auf dem Erhalt fruchtbarer Böden, sauberen Wassers, biologischer Vielfalt und einem aktiven Beitrag zu Klimaschutz und Luftreinhaltung. Der Boden als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu und ist vor Investoren ohne Agrarbezug zu schützen. Die dafür nötigen gesetzlichen Regelungen werden wir auf den Weg bringen.

Grund und Boden ist weder vermehrbar noch ersetzbar. Nicht nur Bauland, sondern auch landwirtschaftliche Flächen sind bei Großinvestoren begehrt. Spekulatives Handeln aber treibt die Preise in die Höhe. Kleine und mittlere Betriebe haben im Wettbewerb oft das Nachsehen. Ohne bezahlbaren Boden sind sie in ihrer Existenz bedroht. Um der Bodenspekulation entgegenzuwirken, braucht es unter anderem eine baurechtliche Klarstellung, dass Futtermittel auf landwirtschaftlichen Flächen tatsächlich und nicht nur theoretisch erzeugt werden müssen.

Die landwirtschaftliche Erzeugung ist den natürlichen Ressourcen anzupassen und muss sich an den jeweiligen regionalen Gegebenheiten orientieren. Maximaler Ertrag ist nicht gleichbedeutend mit maximalem Erfolg. Konkret sind daher Humusaufbau und Bodenverbesserung, abwechslungsreiche Fruchtfolgen und die Erhaltung der Pflanzengesundheit auf biologischem Wege zu fördern. Dies muss mit einer Reduktion des Einsatzes herkömmlicher Pflanzenschutz- und Düngemittel einhergehen. Innovative Konzepte für den integrierten Anbau sollen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Daneben ist der Anbau einheimischer Eiweißlieferanten als Futter- und Nahrungsmittel in der Breite zu etablieren. Außerdem wollen wir auch den heimischen Gartenbau unterstützen und insbesondere die regionale Gemüseerzeugung gezielt ausbauen. Dies ermöglicht dann wiederum eine gesündere Ernährung der Bevölkerung.

Zur Anpassung der Betriebe an Herausforderungen durch den Klimawandel wie Dürre, Überschwemmungen und Stürme unterstützen wir die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse: Agroforstprogramme, möglichst ganzjährig bodenbedeckende Wirtschaftsweisen und der Erhalt des Dauergrünlands helfen beim Umgang mit klimatischen Veränderungen, tragen zum Klimaschutz bei und fördern zudem die Biodiversität. Erhalt und Wiederherstellung von Moorböden mit ihrer überaus großen Bedeutung als Kohlenstoffspeicher (Treibhausgassenke) sowie die Anreicherung von Dauerhumus im Ackerbau auf mineralischen Böden sind weitere wichtige Klimaschutzmaßnahmen in den Agrarlandschaften.

Konventionelle und ökologische Landwirtschaft schließen sich nicht aus und haben beide ihre Daseinsberechtigung. Die konventionelle Landwirtschaft steht im beginnenden Transformationsprozess vor besonderen Herausforderungen. Dennoch sollen beide Formen auch in Zukunft nebeneinander gedeihen. Um das Ziel von 25 Prozent Ökolandbau in der EU zu erreichen, wollen wir die Rahmenbedingungen für die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft verbessern und die Voraussetzungen für ein gleichgewichtiges Wachstum von Angebot und Nachfrage schaffen. Weitergehende Forderungen zum Ökolandbau wird die SPD-Fraktion in einem Positionspapier zusammenfassen.

4. Tiere sind keine Ware, sondern unsere Mitgeschöpfe. Auf dem Weg zum verpflichtenden Tierwohllabel.

Ethik in der Tierhaltung darf kein Luxusgut für Wenige sein. Tiere sind Lebewesen und als solche mit Achtung zu behandeln. In der Nutztierhaltung setzen wir daher konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei gleichzeitiger Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze von zwei Großvieheinheiten pro Hektar. Tierwohlgerechtere Haltungsbedingungen erfordern mehr Kontakt der Tiere zum natürlichen Außenklima. Hier ist ein Ausgleich mit dem erforderlichen Immissionsschutz zu finden. Wir fordern die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln und eine angemessene Finanzierung des Umbaus der Nutztierhaltung. Bei der Umsetzung orientieren wir uns an den Leitlinien des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung (der sogenannten Borchert-Kommission). Die Tiergesundheit als eine Grundvoraussetzung für das Tierwohl soll durch gezielte Strategien weiter verbessert werden.

Schafe und Ziegen erfüllen wichtige Ökosystemleistungen bei der Landschaftspflege und der Erhaltung der Biodiversität. Gleichzeitig sinken die Bestände stetig und die Halter stehen mit Löhnen von teilweise unter 6 Euro pro Stunde am untersten Einkommensrand der Gesellschaft. Die Rückkehr des Wolfes tut ein Übriges. Um diese Entwicklung endlich zu stoppen, fordern wir die umgehende europarechtskonforme Einführung einer Weidetierprämie. Der Transport lebender Tiere erfordert besondere Sorgfalt. Hier werden wir für ein enges, digitales Kontrollsystem sorgen. Zudem setzen wir uns für eine nachhaltige Fischerei ein, die bestandserhaltend für Fische und Fischer wirkt. Auch eine Aquakultur, die auf regionalen Nährstoffkreisläufen beruht, zählt für uns dazu. Um den von Gesellschaft und Wissenschaft geforderten Neustart in der Nutztierhaltung jetzt zu ermöglichen, erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion derzeit ein Positionspapier.

5. Bildung, Forschung und Wissenstransfer ausbauen

Den Umbau der Land- und Ernährungswirtschaft kann nur meistern, wer bereit ist, sich ständig zu bilden. Die berufliche Qualifikation der Landwirt*innen muss sich konsequent an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Branche berücksichtigen. Berufsschulen und Hochschulen müssen befähigt werden, den landwirtschaftlichen Nachwuchs auf die Herausforderungen der Zukunft umfassend vorzubereiten. Die Digitalisierung in der Landwirtschaft muss dabei mit im Fokus der Lehrpläne stehen.

Wir brauchen eine interdisziplinäre Agrar- und Ernährungsforschung, die notwendige Veränderungen begleitet und neue Impulse gibt. Wissenschaftliche Erkenntnisse in der Breite umzusetzen, kann nur gelingen, wenn der Austausch zwischen Forschungseinrichtungen, landwirtschaftlichen Betrieben und der Ernährungsbranche deutlich intensiviert wird. Modellvorhaben allein reichen hier

nicht aus. Das Wissen muss zu den Betrieben vor Ort und in die Fläche. Nicht mehr nur die gute fachliche Praxis, sondern die beste wissenschaftsgestützte Lösung eröffnet den Weg in die Zukunft. Auch der europaweite Austausch zwischen den Wissenschaftseinrichtungen muss deutlich intensiviert werden. Wissensaustausch und eine strategische Zusammenarbeit zwischen Forschung, Politik und Praxis sowie Wissenschaftskommunikation in die Gesellschaft werden wir daher aktiv fördern. Die Agrarforschung darf kein Stiefkind der Wissenschaftspolitik bleiben, sondern ist als Zukunftsforschung anzuerkennen.

Innerhalb der Forschungsagenden wollen wir insbesondere mehr Forschung fördern, die sich mit einer klimaneutralen Land- und Forstwirtschaft und deren praktischer Umsetzung sowie mit alternativen ökologischen Formen der Landwirtschaft befasst, wie etwa im Bereich der Saatgutforschung, neuer Züchtungsmethoden ohne gentechnische Veränderungen, Verwendung alter Sorten und Anbaumethoden. Im Hinblick auf den potenziellen Einsatz neuer gentechnischer Methoden bedarf es vorab der gründlichen Erforschung ihrer Risiken und Chancen. Nur so kann das Vorsorgeprinzip gewahrt werden. Besonderen Forschungsbedarf sehen wir bei den Instrumenten zur Bewertung neuartiger gentechnischer Organismen, wie beispielsweise der Entwicklung von geeigneten Nachweismethoden.

Daneben sind auch Forschung und Entwicklung in den Unternehmen weiter zu fördern. Die weltweit herausragende Stellung der deutschen Landtechnikindustrie ist bester Beleg für den Erfolg dieses Weges. Wir müssen jetzt unsere Chance nutzen, auch bei der Digitalisierung der Landwirtschaft führend zu sein. Hierzu haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode das Positionspapier [„Chancen des Smart Farmings in der Landwirtschaft nutzen“](#) verfasst.

6. Ländliche Räume stärken

Wir wollen die regionale Zusammenarbeit fördern. Denn die Leistungsfähigkeit ländlicher Regionen bestimmt, ob sie zukünftig attraktiv und lebenswert bleiben. Deshalb brauchen wir eine Neubelebung dezentraler Produktions- und Veredelungsstrukturen und unterstützen entsprechende Netzwerke. Nur auf diesem Weg lassen sich die von Verbraucher*innen gewünschten kürzeren Lieferketten erreichen und Wertschöpfung vor Ort schaffen. Dies bedeutet auch eine gezieltere Förderung der Direktvermarktung mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz.

Regionale Strukturen, die einmal zerstört sind, lassen sich nur in einem großen gemeinsamen Kraftakt wiederherstellen. Dies beweist derzeit die Situation in der Fleischbranche. Eine stärkere Regionalisierung der Wertschöpfungsketten muss politisch gewollt, begleitet und finanziell unterstützt werden. Gerade in der Tierhaltung führen kurze Wege für Futter und Nutztiere zu einer klar verbesserten Ökobilanz und deutlich weniger Tierleid. Für mehr regionale Schlachtmöglichkeiten wird auch eine Anpassung der hygienerechtlichen Rahmenbedingungen auf EU-Ebene diskutiert werden müssen. Daneben ist auch eine Aufstockung des Kontrollpersonals notwendig, damit die Lebensmittelsicherheit gewährleistet und den wachsenden Anforderungen an die Lebensmittelüberwachung Rechnung getragen werden kann.

Ländliche Räume leben von attraktiven, vielfältig gestalteten Kulturlandschaften, die wir durch eine gezielte Förderung der von den Landwirt*innen erbrachten Gemeinwohlleistungen dauerhaft erhalten wollen. Das vom Deutschen Verband für Landschaftspflege entwickelte Modell einer Gemeinwohlprämie weist hier einen vielversprechenden Weg, der im Rahmen der Agrarförderpolitik umgesetzt werden soll.

Die Mehrheit der Menschen wird zukünftig in Städten leben. Daher sind innovative Lösungen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln auch innerhalb und im Umfeld der Metropolen gefragt. Der Trend zu Urban Gardening und Solidarischer Landwirtschaft hilft zudem, den Bezug zu den natürlichen Lebensgrundlagen auch im großstädtischen Bereich zu erhalten. Dies trägt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis von ländlicher und städtischer Bevölkerung bei.

7. Gesunde Ernährung für alle

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat in ihrem Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten in der Europäischen Region einen ungesunden Lebensstil, also ungesunde Ernährung, Rauchen und Alkoholkonsum für mindestens 86% aller Todesfälle und 77% der Erkrankungen verantwortlich gemacht. Wir essen zu viel, zu süß, zu fett, zu salzig und zu fleischlastig, und nehmen zu wenig Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Nüsse zu uns. Die Folgen sind Übergewicht, Fettleibigkeit und ernährungsbedingte Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes-Typ-2 und bestimmte Krebserkrankungen.

Ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrar- und Ernährungspolitik bemängelt erneut, dass Verbraucher*innen vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft kaum unterstützt, sondern mit der Verantwortung für eine ausgewogene Ernährung allein gelassen werden. Wir wollen ein Umsteuern in der Ernährungspolitik, wir wollen mit einer aktiv gestaltenden Politik die Verbraucher*innen unterstützen und ihnen eine gesunde und nachhaltige Ernährung erleichtern. Dazu gehören z.B. eine verbindliche Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Transfette, die für ein gesünderes Produktangebot sorgt, sowie eine verpflichtende, europaweit geltende Nutriscore-Nährwertkennzeichnung, die die gesündere Wahl für Verbraucher*innen auf einen Blick erkennbar macht. Zu einer Ernährungsstrategie gehört aber mehr. Unsere Ernährungsumgebung mit den verfügbaren Angeboten und Portionsgrößen prägt unsere Wahrnehmung von dem, was wir als normal und angemessen ansehen. Flächendeckend kleinere Portionsgrößen und nachhaltigere Produkte anzubieten sowie Trinkwasser als gesundes und umweltfreundliches Getränk im öffentlichen Raum kostenlos bereitzustellen, sind wichtige Schritte, die hier zu einem Umdenken beitragen werden. Wir wollen einen wirklichen Qualitätswettbewerb, der sich nicht nur über den Preis definiert. Gesunde und nachhaltige Ernährung muss für jede*n Geldbeutel erschwinglich sein.

Armut und insbesondere Kinderarmut zu bekämpfen und für Chancengleichheit zu sorgen, ist ein Grundanliegen sozialdemokratischer Politik. Dies fängt beim Recht auf eine ausgewogene, vitaminreiche und damit gesunde Ernährung an. Wo diese nicht gegeben ist, breitet sich Ernährungsarmut aus. Der Staat ist in der Pflicht, für angemessene Ernährungsbudgets in den Sozialtransfers zu sorgen. Wir setzen uns für eine gesunde, ausgewogene und kostenfreie Verpflegung an allen Kindertagesstätten und Schulen ein. Daneben ist auch die Senioren-, Krankenhaus- und Gemeinschaftsverpflegung deutlich hochwertiger zu gestalten. Auch der Beitrag der Tafeln zur Bekämpfung von Ernährungsarmut und Lebensmittelverschwendung ist umfassender zu würdigen. In unserem Positionspapier „[Ernährungsarmut bekämpfen](#)“ haben wir unsere Maßnahmen für eine nachhaltigere Ernährungspolitik dargelegt.

Wir brauchen einen bewussteren Umgang mit unseren Lebensmitteln. Wertschätzung beginnt mit der Kenntnis über die Ressourcen und die Arbeit, die in einem Produkt enthalten sind. Hier kommt der schulischen Bildung eine besondere Bedeutung zu, aber auch der Erfahrbarkeit im Alltag, in Form einer hochwertigen und möglichst schmackhaften Schulverpflegung. Wertschätzung meint aber auch, der Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Wertschöpfungskette endlich wirksam Einhalt zu gebieten. Unsere Vorschläge dazu haben wir im Positionspapier „[Lebensmittelverschwendung wirksam bekämpfen](#)“ vom 5. Mai 2020 zusammengefasst.

8. Transparenz auf allen Wertschöpfungsebenen und in der gesamten Lieferkette

Immer mehr Verbraucher*innen wollen gesunde und nachhaltige Lebensmittel konsumieren, die umweltschonend und unter fairen Arbeitsbedingungen erzeugt worden sind. Das stärkt die Nachfrage nach regional und saisonal produzierten Lebensmitteln mit möglichst geringem Verarbeitungsgrad. Wir setzen auf verlässliche Kennzeichnung, denn Verbraucher*innen haben ein Recht darauf zu wissen, wo ihre Produkte herkommen, wie sie erzeugt wurden und was sie beinhalten. Neben einer EU-weit verpflichtenden Nutriscore-Regelung fordern wir für die zentralen Nachhaltigkeitsdimensionen (Gesundheit, Umwelt, Soziales, Tierwohl) die Entwicklung von verbindlichen staatlichen, interpretativen Labels Klarheit und Verlässlichkeit für Verbraucher*innen schaffen

und dem unüberschaubaren Durcheinander an freiwilligen und von den Anbietern selbst kreierten Auslobungen entgegenwirken. Hierbei möchten wir bereits erfolgreich etablierte Umweltzeichen einbeziehen. Alle Siegel sind in einem verständlichen und leicht erkennbaren Dachlabel zusammenzufassen.

Menschenrechte achten und Umweltzerstörung verhindern – diesen Grundsätzen sollen sich deutsche Unternehmen künftig auch im Ausland nicht mehr entziehen können. Aus diesem Grund fordern wir ein starkes und verbindliches Lieferkettengesetz.

Im Rahmen der UN-Vollversammlung 2015 hat auch die Bundesrepublik Deutschland der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030 zugestimmt, um Armut und Hunger zu beenden sowie Gesundheit, Bildung und gute Arbeit für alle zu schaffen. In diesem Rahmen werden wir uns grundlegende Gedanken zur Auswirkung unserer Wirtschaftsweise machen. Wir müssen den Glauben an Wohlstand durch stetiges Wirtschaftswachstum aufgeben und stattdessen eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaften hin zu mehr globaler Nachhaltigkeit anschieben.

9. Wald als natürlichen Kohlenstoffspeicher erhalten – nachhaltige Bewirtschaftung und regionale Wertschöpfung sichern

Knapp ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands ist mit Wald bedeckt. Dieser erfüllt vielfältige Funktionen für Klima, Natur, Wirtschaft und Gesellschaft. Daher ist bei der Weiterentwicklung der Forstwirtschaft in zwei Richtungen zu denken: Unsere Wälder müssen sich auf den Klimawandel einstellen. Für die Wiederbewaldung von Schadflächen und den Waldumbau hin zu stabilen und anpassungsfähigen Wäldern ist auf die Verwendung von naturnahen und standortangepassten Baumarten zu achten. Biodiversität, Trockenheitsresistenz und CO₂-Speicherpotenzial sind weitere wichtige Faktoren. Das langfristige Ziel sind vielfältige und klimastabile Mischwälder. Die in der Forstwirtschaft erzielbaren Holzpreise reichen nicht mehr aus, um eine nachhaltige Waldbewirtschaftung aufrecht zu erhalten und dabei die vielfältigen gesellschaftlichen Anforderungen zu erbringen sowie Ökosystemleistungen für die Gesellschaft bereitzustellen. Daher muss zukünftig eine Honorierung verbesserter Ökosystemleistungen im Wald ermöglicht werden. Außerdem kann Holz auf äußerst vielfältige Weise als nachwachsender Rohstoff für den Hausbau, die Möbel- und Papierherstellung sowie als Dämmung eingesetzt werden. Von einer gezielten Holzbauintiative könnte das gesamte Holzhandwerk mit seinen rund 100.000 Betrieben und mehr als 300.000 Beschäftigten vom Bootsbauer über Tischler oder bis zum Zimmermann profitieren. Zudem wird eine Stärkung der mittelständisch geprägten Holzindustrie mit knapp 250.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und des ländlichen Raumes als Hauptstandort des Holzgewerbes herbeigeführt. In Teilen konnten wir hierzu auch unseren Koalitionspartner überzeugen und haben 2019 einen [Koalitionsantrag im Bundestag](#) verabschiedet, der die Bundesregierung auffordert, mehr für Aufforstung mit resilienteren Baumarten sowie zur Förderung des Holzes als Baustoff zu tun. Da wir jedoch weiterdenken, haben unsere in der Waldpolitik federführenden Abgeordneten zusätzlich ein [Positionspapier](#) erstellt, welches über den Koalitionsantrag hinausgehende Überlegungen und Forderungen beinhaltet.